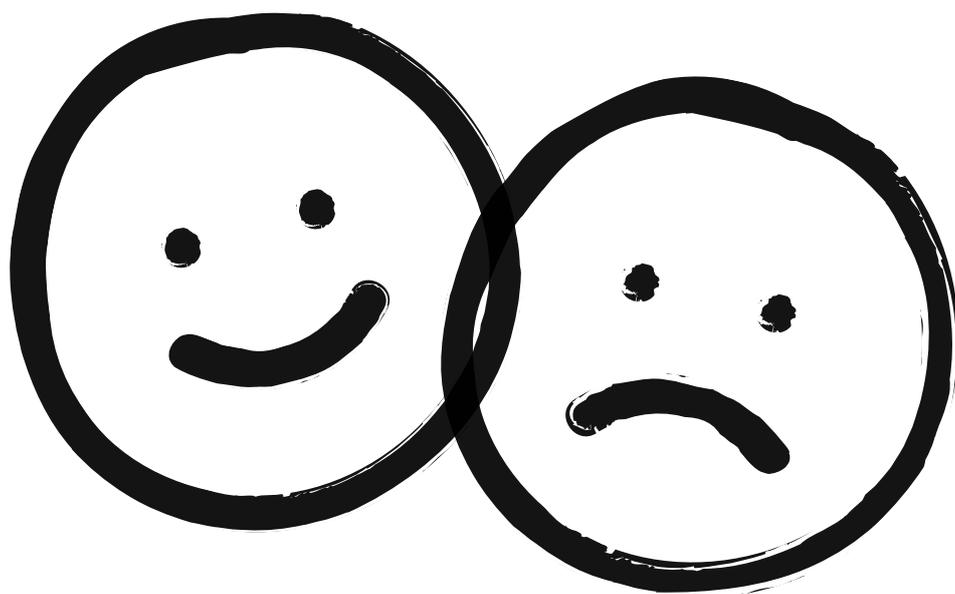


AK GERECHTIGKEITS- CHECK

des Regierungsprogramms von ÖVP und Grünen



Jänner 2020



Impressum

Medieninhaberin: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20–22, 1040 Wien, Telefon: (01) 501 65 1
Offenlegung gem. § 25 MedienG: siehe wien.arbeiterkammer.at/impressum
© 2020: AK Wien

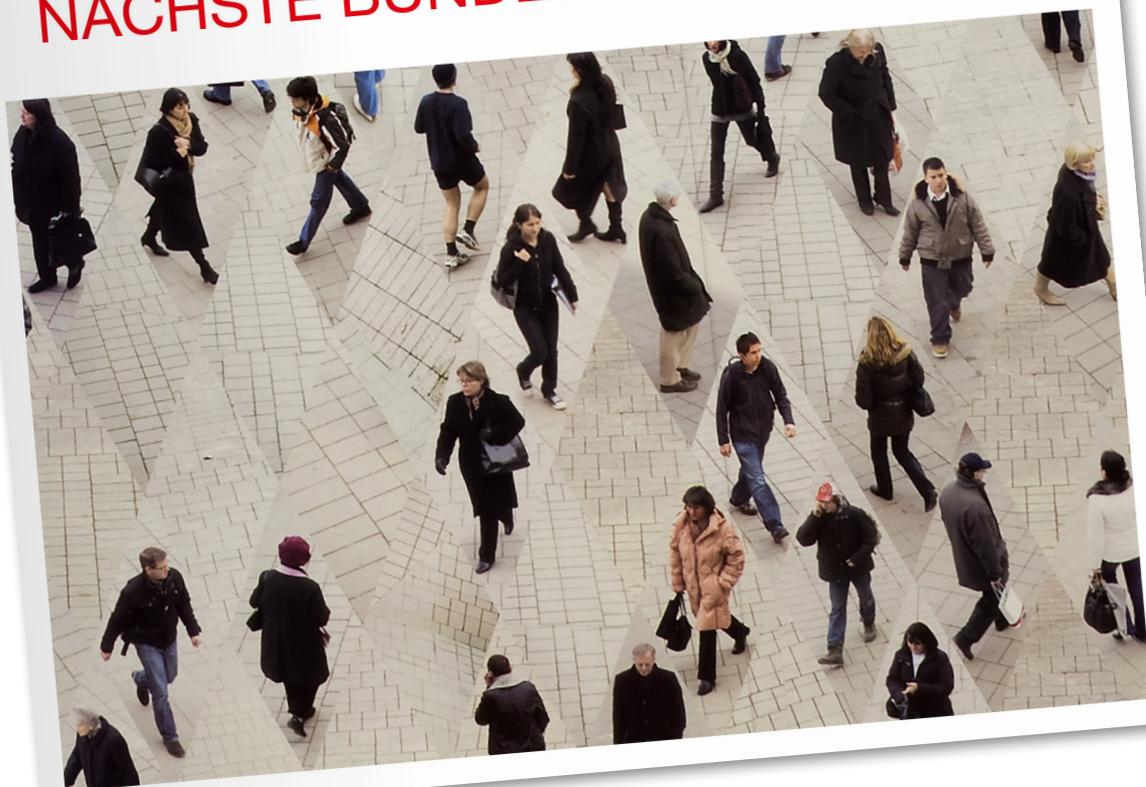
Stand Jänner 2020

INHALT

5	Vorwort
6	1. Arbeitsbedingungen – Arbeitsdruck
8	2. Arbeitsmarkt – Konjunktur
10	3. Steuergerechtigkeit
12	4. Soziale Sicherheit
14	5. Geschlechtergerechtigkeit
16	6. Bildungschancen
18	7. Leistbares Wohnen
20	8. Klimaschutz



FORDERUNGEN AN DIE NÄCHSTE BUNDESREGIERUNG



AK BEWERTUNG DES REGIERUNGSPROGRAMMS

Österreich steht in der Welt gut da, die ArbeitnehmerInnen halten das Land am Laufen. In den vergangenen Jahren wurden ihre Interessen allerdings ignoriert, die ÖVP-FPÖ- Bundesregierung hat den Erfolgsweg des Dialogs und des sozialen Ausgleichs verlassen. Unser Land ist damit ein großes Stück ungerechter geworden.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer spüren, dass der Druck auf sie immer größer wird. Für die Arbeiterkammer ist klar: Die Politik muss die Anliegen der ArbeitnehmerInnen wieder ins Zentrum ihres Handelns rücken, denn nur so kann es wieder mehr Gerechtigkeit geben.

Die Arbeiterkammer hat bereits im September 2019, im Vorfeld der Nationalratswahl, in acht wesentlichen Themenbereichen Forderungen an die nächste Bundesregierung formuliert. Die AK hat diese Forderungen nun den Regierungsvorhaben gegenübergestellt.

Die AK-Forderungen im Detail:

<https://www.arbeiterkammer.at/forderungen2019>

Die **AK-FORDERUNGEN** und die **REGIERUNGSVORHABEN** im Vergleich

ÖVP und Grüne haben am 2. Jänner 2020 ihr Regierungsprogramm vorgelegt. In einer ersten Analyse hat die Arbeiterkammer ihre Forderungen an die künftige Bundesregierung in acht wesentlichen Themenfeldern den entsprechenden Vorhaben im Regierungsprogramm gegenübergestellt.

1. ARBEITSBEDINGUNGEN – ARBEITSDRUCK

Österreich steht gut da, die Produktivität ist in den vergangenen Jahren ständig gestiegen – der Druck auf die Beschäftigten allerdings auch. Die Konzerne machen gute Gewinne – die ArbeitnehmerInnen bleiben auf der Strecke und müssen z.B. mit überlangen Arbeitszeiten und fehlendem Ausgleich für ihre Anstrengungen kämpfen.

AK-Forderung	Regierungsprogramm	Check
modernes Arbeitszeitrecht	Zeitwertkonto – in mehreren Studien (Wifo, IHS) wurde aufgezeigt, wie komplex und problembehaftet das ÖAAB-Modell von Zeitwertkonten ist; Zeitkorridor-Modelle für Eltern – völlig undefiniert; Sabbatical-Modelle – völlig undefiniert	
planbare und mitbestimmte Arbeitszeiten	Es fehlen die dringend benötigten günstigeren Regelungen.	
leichtere Erreichbarkeit der 6. Urlaubswoche	nicht enthalten	
Recht auf 4-Tage-Woche	nicht enthalten	
mehr Mitbestimmung durch Betriebsräte (Kontext Digitalisierung)	nicht enthalten	
Etablierung von Arbeits- und OrganisationspsychologInnen als gleichberechtigte Präventivfachkräfte	kein Anknüpfungspunkt enthalten	
Anerkennung von Burn-Out als Berufskrankheit	Bei der Modernisierung der Berufskrankheitenliste sollte Burn-Out als Berufskrankheit anerkannt werden. Ist grundsätzlich positiv, fraglich bleibt, ob Burn-Out in die Liste aufgenommen wird.	
50 ArbeitsinspektorInnen mehr, um international vorgesehene Mindestvorgaben wieder zu erreichen	Die Sozialpartner werden beigezogen. Die Entbürokratisierung wurde mit dem ArbeitnehmerInnenschutz-Deregulierungsgesetz 2017 abgeschlossen. „Beraten vor strafen“ wendet die Arbeitsinspektion bereits an. Noch nie gab es so wenige Strafanzeigen wie 2018: nur 934. Nur auf jede 102. Übertretung folgt eine Strafanzeige. Vor vier Jahren lag der Wert noch bei jeder 50. Übertretung.	

FAZIT ARBEITSBEDINGUNGEN – ARBEITSDRUCK

Die angekündigte „Modernisierung des Arbeitsrechts“ ist im Programm nicht konkretisiert und soll auf Basis eines „breiten gesellschaftlichen Dialogs unter Einbindung aller relevanten Stakeholder (Sozialpartner, Zivilgesellschaft etc.)“ erfolgen. Die AK sieht das grundsätzlich als Chance für eine positive Weiterentwicklung und wird sich intensiv an diesem Dialog beteiligen.

Sehr problematisch ist, dass die massiven Verschlechterungen durch die ÖVP-FPÖ-Regierung (12-Stunden-Tag/60-Stunden-Woche) ebenso wenig angesprochen werden, wie viele andere zentrale Themen, in denen klarer Handlungsbedarf besteht (bessere Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte z.B. in Arbeitszeitfragen, breiterer Zugang zu 6. Urlaubswoche, Recht auf 4-Tage-Woche).

Auch die notwendigen Verbesserungen im technischen und arbeitshygienischen ArbeitnehmerInnenschutz sind im Regierungsprogramm nicht enthalten. Stillstand bedeutet aber Rückschritt! Die Arbeitswelt ändert sich laufend. Neue (arbeits)wissenschaftliche Erkenntnisse bleiben nach wie vor unberücksichtigt.

2. ARBEITSMARKT – KONJUNKTUR

Das rasante Wirtschaftswachstum wird sich einbremsen, steigende Arbeitslosigkeit wird die Folge sein. Neben den persönlichen Schicksalen ist eine hohe Arbeitslosigkeit auch ein Problem für jeden Staatshaushalt.

AK-Forderung	Regierungsprogramm	Check
bessere Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche	Keine konkreten Vorgaben für das AMS, Effizienz statt Effektivität als Ziel mit Gefahr von Verschlechterung bei Förderrichtlinien. Unklar: One-Stop-Shop: Wer für welche Zielgruppe. Positiv: Bekenntnis zur überbetrieblichen Ausbildung, Programm für SchulabbrecherInnen.	
500 MitarbeiterInnen mehr im AMS	Trotz eklatantem Personalmangel im AMS lediglich Effizienzsteigerung, nebulöser „one-stop-shop“, Algorithmus-Evaluierung	
faire Zumutbarkeitsregeln	Arbeitslosengeld-Weiterentwicklung unbestimmt, aber tendenziell gefährlich; Verfügbarkeit von 16 auf 20 Stunden: als Maßnahme gegen Teilzeitarbeit mit geringem Stundenausmaß akzeptabel; Forcierung überregionaler Vermittlung von Asylberechtigten nicht ohne Änderung der Zumutbarkeitsregeln wohl für alle, Selbstständigenregelung praktisch unwirksam.	
„Zwischenparken“ beim AMS stoppen	nicht enthalten	
Chance 45 – sinnvolle Arbeit schaffen	Ziel der Chance 45 – langfristig staatlich geförderte Beschäftigung für Arbeitslose > 2 Jahren zur Abdeckung von kommunalen Bedarfen – nur indirekt verfolgbar (Kreislaufwirtschaft); weiterhin hohe Mitnahmeeffekte bei Eingliederungsbeihilfe als Gießkannenförderung von Unternehmen.	
„Qualifizierungsgeld“ neu als zweite Chance auf neue Berufsausbildung	„Bildungskonto“ bietet Ansatz, um wichtige Elemente des Qualifizierungsgelds umzusetzen, v.a. bessere Qualifizierungsmöglichkeiten für GeringverdienerInnen; hängt jedoch von Sozialpartnereinigung ab. Was fehlt ist eine klare Budgetierung.	

AK-Forderung	Regierungsprogramm	Check
Beschäftigungspaket: Investitionen in Klimaschutz und öffentliche Serviceleistungen	Investitionen in Pflege und Betreuung als öffentliche Serviceleistung sind nur als Ausbau beschlagwortet und beziehen sich nur auf die mobile Form der Pflege.	
EU-weites Investitionspro- gramm gegen die Klimakrise	Keine explizite Forderung nach einem europäischen Investitionsprogramm, aber Be- kenntnis zu den Pariser Zielen und Green Deal.	

FAZIT ARBEITSMARKT – KONJUNKTUR

Das Regierungsprogramm ist zu vage in seinen Antworten auf die Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt – Konjunkturabschwung und Strukturwandel durch Digitalisierung und Dekarbonisierung. Es fehlen ausreichend budgetär unterlegte Maßnahmen einer notwendigen Qualifizierungsoffensive für Beschäftigte und Arbeitsuchende. Die Reduktion der Langzeitbeschäftigungslosigkeit oder eine Stärkung der Beratungs- und Vermittlungskapazität des AMS fehlen ebenso.

Mit der Herauslösung der Arbeitsmarktpolitik aus dem Sozialministerium werden zusätzliche Schnittstellen zwischen Arbeitsmarktpolitik, Altersversorgung und Gesundheitspolitik geschaffen.

3. STEUERGERECHTIGKEIT

Unser Steuersystem ist ungerecht: Internationale Konzerne und sehr Reiche zahlen kaum Steuern, während die ArbeitnehmerInnen sehr viel beitragen. Die ArbeitnehmerInnen und die KonsumentInnen zahlen 80 Prozent der Steuern. Die reichsten 10 Prozent der Haushalte besitzen mehr als die restlichen 90 Prozent zusammen. Die Steuertricks großer Konzerne kosten Österreich jährlich rund 1 Milliarde Euro. Diese ungerechte Schiefelage zugunsten großer Vermögen und zulasten der Mehrheit der Menschen muss beseitigt werden.

AK-Forderung	Regierungsprogramm	Check
Lohnsteuersenkung von zumindest 3,5 Milliarden Euro zum Ausgleich der kalten Progression	Die Lohnsteuersenkung reicht zum Ausgleich der kalten Progression. Problem: Der Zeitpunkt der Lohnsteuersenkung ist offen. Mit jedem Jahr Verzögerung steigt die kalte Progression um weitere rund 400 Millionen €. Wenn der 55-prozentige Spitzensteuersatz auslaufen sollte, wäre das ein Rückschritt hinter die türkis-blauen Steuerreformpläne und ein unnötiges Steuergeschenk für Einkommensmillionäre. Die Änderungen beim Familienbonus sind als Lohnsteuersenkung für Familien grundsätzlich positiv, eine äquivalente Erhöhung der Familienbeihilfe wäre aber sozial treffsicherer, weil auch GeringverdienerrInnen voll profitieren würden.	
Einführung einer Millionärsabgabe sowie einer Erbschafts- und Schenkungssteuer (mit hohen Freibeträgen) zur Pflegefinanzierung	nicht enthalten	
Schließen aller Steuerschlupflöcher für Konzerne	Grundsätzlich positiv, wenn es sich dabei nicht nur um Lippenbekenntnisse handelt; konkrete Bekenntnisse zu öffentlicher länderweiser Berichterstattung in Steuersachen, gemeinsamer konsolidierter Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage und Mindeststeuersatz für Unternehmensgewinne fehlen. Bekenntnis zu Finanztransaktionssteuer und nationaler Digitalsteuer ist positiv zu bewerten. Die Digitalsteuer braucht aber eine Ausweitung auf Plattformen; der Fokus auf Online-Werbung erfasst nur einen Teil der Internetkonzerne.	

AK-Forderung	Regierungsprogramm	Check
Keine Senkung der Körperschaftsteuer	Die Senkung kostet viel, bringt aber wenig – die österreichische Gewinnbesteuerung liegt im EU-Mittelfeld. ExpertInnen erwarten keine nennenswerten Investitionseffekte. Die hohen Kosten schmälern den Spielraum für Lohnsteuersenkung und Zukunftsinvestitionen.	
personelle Aufstockung der Finanzverwaltung	nicht enthalten	
Einführung eines EU-weiten Mindeststeuersatzes für Unternehmensgewinne	nicht enthalten	

FAZIT STEUERPOLITIK

Die Schieflage der türkis-blauen Steuerpläne zugunsten der Unternehmen (65:35 statt 80:20) wurde nicht beseitigt. Die Senkung der Körperschaftsteuer Richtung 21 Prozent kostet viel, bringt aber wenig. Dazu kommen noch diverse weitere Steuerbegünstigungen für Unternehmen.

Positiv ist das Bekenntnis zum Ausgleich der kalten Progression. Die geplanten Steuersenkungen stellen das Budget allerdings vor große Herausforderungen. Bei einem budgetären Spielraum von 3 Milliarden Euro sowie einem Bekenntnis zu Nulldefizit und Zukunftsinvestitionen stellt sich die Finanzierungsfrage. Aus Sicht der AK muss dabei auch über gerechte Zusatzeinnahmen durch Erbschafts- und Vermögenssteuern geredet werden.

4. SOZIALE SICHERHEIT

Soziale Sicherheit und sozialer Ausgleich haben Österreich stark und erfolgreich gemacht. Viele Länder sehen unseren Sozialstaat zu Recht als Vorbild. Der beste Weg für Österreich ist der Weg des Dialogs und sozialen Ausgleichs. Der Zusammenhalt muss daher für jede Bundesregierung im Mittelpunkt stehen, nur so kann Gerechtigkeit für alle geschaffen werden.

AK-Forderung	Regierungsprogramm	Check
gleicher Zugang zu Gesundheitsleistungen auf höchstem Niveau	Es fehlt die Leistungsangleichung für die ASVG-Versicherten auf das Niveau der Beamten und Selbstständigen. Damit bleibt eine wesentliche Forderung der AK unberücksichtigt (3 Klassen-Medizin). Positiv ist das Aufgreifen der österreichischen Demenzstrategie und das Versprechen, dass es Ressourcen dafür geben wird.	 
Ausbau des Gesundheitssystems (z.B. Psychotherapie, Kindertherapien)	Ziel: Bedarfsdeckung 2024. Langjährige AK Forderung ist damit enthalten. Es stellt sich die Frage der Finanzierung.	
Sozialversicherung: ArbeitnehmerInnen müssen wieder selbst das Sagen haben	Enthalten ist lediglich ein Bekenntnis zur Selbstverwaltung. Damit wird die zentrale Forderung der AK „Gebt die Sozialversicherung der ArbeitnehmerInnen den Versicherten zurück!“ nicht erfüllt. Sie bleibt in den Händen der Arbeitgeber.	
Absicherung unseres guten Pensionssystems in der Verfassung	Mit dieser grundsätzlichen Ausrichtung ist die Bundesregierung voll auf AK Linie (wir haben ein gutes, nachhaltiges Pensionssystem auch für Junge). Über Einzelmaßnahmen (Evaluierung Schwerarbeit, Pensionssplitting, etc.) wird noch zu diskutieren sein.	
flächendeckender Ausbau der integrierten mobilen und stationären Pflege	Ausbau im formellen Bereich bezieht sich nur auf mobile Pflege und Betreuung. Aufgrund der Demografie brauchen wir von allen formellen Diensten mehr. Weiterhin starker Fokus auf die pflegenden Angehörigen. Sogenannte Pflegeversicherung (steuerfinanziert ohne Beiträge und ohne Rechtsanspruch) könnte die Bündelung aller Bundesmittel in der Pflege (z.B. Pflegegeld) in der Arbeitgeber-dominierten AUVA bedeuten. Die Finanzierung des Mehrbedarfs bleibt offen.	
Integrationsjahr mit 100 Millionen Euro jährlich dotieren	Keine Dotierung des Integrationsjahr-Gesetzes vorgesehen.	
Lohn- und Sozialdumping effektiv verhindern	Es fehlen konkrete Vorschläge. Positiv ist aber das Bekenntnis zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und der Erhalt des Kumulationsprinzips.	
mehr Personal für die Finanzpolizei	nicht vorhanden	

AK-Forderung	Regierungsprogramm	Check
Psychische und physische Belastungen in der Arbeitswelt reduzieren, Prävention ausbauen	Langjährige Forderungen der AK werden erfüllt. Es stellt sich die Frage der Finanzierung. Und: Möglicherweise angedachte finanzielle Anreize zur Erfüllung der Fürsorgepflicht (Schutzvorschriften) sind abzulehnen. In Deutschland haben sich finanzielle Anreizsysteme als nicht wirksam herausgestellt.	
Rot-Weiß-Rot-Card nur für hochqualifizierte Fachkräfte	Fachkräfteoffensive und Überarbeitung von Gehaltsgrenzen und Punkteschema deuten auf Erfüllung der Wirtschaftsinteressen hin; Widerspruch zur Gesamtstrategie bzw. zum Fokus auf den österreichischen/EU-Arbeitsmarkt; fehlende Konkretisierung bzw. Finanzierung der Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen; kritisch/fraglich ist die Rolle der ABA (Austrian Business Agency): Kompetenzverschiebung zur Wirtschaft? Vereinfachung/Digitalisierung der Verfahren ist positiv zu bewerten.	
soziale Mindeststandards auf EU-Ebene für soz. Fortschritt	Beseitigung von sogenanntem Goldplating in Österreich statt sozialer Weiterentwicklung der EU.	

FAZIT SOZIALE SICHERHEIT

Große Einschnitte oder Bedrohungen sind im Bereich der Sozialversicherung nicht zu erkennen. Im Gegenteil, der Gesamttenor ist auf die Erhaltung und moderate Weiterentwicklung des Status Quo ausgerichtet. Was in der Krankenversicherung fehlt, ist vor allem die Leistungsangleichung nach oben – auf das Niveau der Beamten und Selbstständigen – eine Kernforderung der AK. Auch der Umbau der Sozialversicherungen der ArbeitnehmerInnen wird nicht berührt und außer einem allgemeinen Bekenntnis zur Selbstverwaltung auch nicht behandelt.

Das Kapitel Pensionen ist überwiegend positiv zu beurteilen. Besonders erfreulich ist der Fokus, der auf Prävention, Rehabilitation und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt gelegt wird. Irritierend ist – vor dem Hintergrund der negativen Erfahrungen in den letzten Jahrzehnten – die beabsichtigte Förderung der privaten Pensionsvorsorge.

Auch das Kapitel Gesundheit enthält viele zu begrüßende Maßnahmen, insbesondere im Präventionsbereich. Die Sicherstellung der Finanzierung des Gesundheitssystems ist ausdrücklich hervorgehoben und zu begrüßen. Ebenso das Bekenntnis, keine weiteren Selbstbehalte für Arztbesuche im ASVG einzuführen.

Im Bereich der Pflege löst das Regierungsprogramm nicht das Gefühl aus, dass ernsthafte Reformen zu erwarten sind. Die Regierung scheint sich daher weiter darauf zu verlassen, dass der Großteil der Pflege durch Frauen zu Hause erledigt wird. Wirkliche Entlastung durch den Ausbau der professionellen Pflege fehlt. Ohne konkrete Verbesserung der Arbeitsbedingungen bleiben Personaloffensiven wenig wirkungsvoll. Die Frage lautet daher: Wer wird in Gesundheitsberufen arbeiten wollen?

5. GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Frauen und Männer müssen ihr Leben frei gestalten können. Nur eigene und existenzsichernde Einkommen ermöglichen Frauen ein wirtschaftlich unabhängiges Leben. Migrantinnen müssen besonders unterstützt werden, um am Arbeitsleben gleichwertig teilnehmen zu können.

AK-Forderung	Regierungsprogramm	Check
Erhöhung der Investitionen in Kinderbildung	grundsätzlich positiv, finanzielle Mittel noch nicht beziffert	
Rechtsanspruch auf Kinderbetreuungsplatz ab dem 1. Geburtstag	positiv ist der geplante Ausbau von Kinderbetreuung, es fehlt aber das Recht auf ein Angebot	
kostenloses 2. Kindergartenjahr für alle	positiv, aber Zeitplan fehlt	
Lohntransparenz in den Betrieben	Lohntransparenz ist nicht vorgesehen, nur unverbindliche Maßnahmen	
partnerschaftliche Teilung der Arbeitszeit fördern	positive Zielsetzung, aber unkonkret	
ausreichend AMS-Mittel zur Förderung von Frauen	zu unspezifisch, was unter gerecht zu verstehen ist. Wenn unter gerecht verstanden wird, Mittelzuteilung entsprechend dem Anteil an Arbeitslosen, könnte dies sogar eine Verschlechterung im Vergleich zum Status quo führen.	
Stärkung der Migrantinnen durch ein breites Maßnahmenpaket	Positiv, aber unverbindlich. Bestehendes Migrant Care Programm im Kapitel Pflege ist ein guter Ansatz, es fehlt ein flächendeckender Ausbau und die budgetäre Deckung.	
eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen, die von Menschenhandel und/oder Gewalt betroffen sind	sehr unspezifisch, eigenes Aufenthaltsrecht ist nicht enthalten	
Hürden beim Kinderbetreuungsgeld beseitigen	Damit wurde ein wichtiges Anliegen der AK aufgenommen.	
starkes Gleichbehandlungsrecht gegen jegliche Diskriminierung	Konkrete gesetzliche Vorhaben wie das Levelling up und Maßnahmen für kürzere Verfahren bei der Gleichbehandlungskommission fehlen.	

FAZIT GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Es werden zahlreiche Vorhaben im Bereich Gleichstellung, Unterstützung der Frauenerwerbstätigkeit und Förderung der partnerschaftlichen Aufteilung angeführt, deren Ausrichtung positiv zu werten ist. Auch die verstärkte Integration von migrantischen Frauen am Arbeitsmarkt als Multiplikatorinnen wird von der AK als wichtig erachtet. Zumeist werden die Vorhaben aber unkonkret ohne verbindliche Zielsetzungen beschrieben.

Kritisch gesehen wird die Einführung eines Pflege Daheim-Bonus und des Pensions-splittings, da sie die Frauenbeschäftigung nachteilig beeinflussen könnten. Positiv hingegen sind die beabsichtigten Verbesserungen beim Unterhaltsvorschuss sowie die 40 Prozent Frauenquote in Aufsichtsräten von Unternehmen in öffentlicher Hand.

Positiv zu bewerten ist, dass das Frauenbudget substantiell aufgestockt werden soll und sich Österreich an der EU-weiten Zeitverwendungsstudie beteiligen wird. Auch die in Aussicht gestellte wesentliche Erhöhung des Zweckzuschusses für Kinderbetreuung ab 2020/21 ist zu begrüßen. Im EU-Schnitt betragen die Ausgaben für Elementarbildung 1 Prozent des BIP, Österreich liegt mit 0,67 Prozent deutlich dahinter.

6. BILDUNGSCHANCEN

Bildung ist der wertvollste Rohstoff einer modernen Gesellschaft. Ein Bildungssystem ist dann gerecht, wenn alle Kinder so gefördert werden, dass sie ihre Talente entdecken und entwickeln können.

AK-Forderung	Regierungsprogramm	Check
Schulfinanzierung nach dem AK-Chancenindex	Pilotprojekt mit 100 Schulen mit besonderen Herausforderungen soll nach einem Chancen- und Entwicklungsindex umgesetzt werden.	
Ausbau der Ganztags-schulen: mehr Plätze, mehr Qualität	bedarfsgerechter Ausbau ganztägiger Schulen (verschränkt und unverschränkt in jeder Region) zur Ermöglichung der Wahlfreiheit für Eltern	
Recht auf Weiterbildung	nicht vorgesehen	
Reform der SchülerInnenbeihilfe	nicht vorgesehen	
Finanzierungssicherheit für die „Initiative Erwachsenenbildung“	Weiterentwicklung der Initiative Erwachsenenbildung und der Leistungsvereinbarungen mit Erwachsenenbildungseinrichtungen	
Ausbau von Kindergarten-plätzen und Erweiterung der Öffnungszeiten	positiv, aber konkrete Zielvorgaben fehlen	
Ausbau von Fachhochschulen und berufsbegleitenden Studienangeboten	Bedarfsgerechter Ausbau des Fachhochschul-sektors – mit mehr Studienplätzen für Gesundheits- und Sozialberufe sowie MINT; Anhebung der Fördersätze; Prüfung eines Modells für Teilzeitstudierende (z.B. gekoppelt an Berufstätigkeit, Betreuungspflichten etc.)	
Reform der Studienbeihilfe	Ausbau der Studienförderung geplant	
Reform der Lehrabschluss-prüfung	nicht vorgesehen	
Erleichterungen beim Nach-holen eines Lehrabschlusses	nicht vorgesehen	
Berufsorientierung als eigener Gegenstand in allen Schulformen	Berufs- und Bildungswegorientierung verbessern und österreichweite Talentechecks als Teil des Unterrichts für 14-Jährige in verschiedenen Schulformen mit begleitender Beratung für Eltern einführen	

FAZIT BILDUNGSCHANCEN

Im Bereich Bildung werden zahlreiche positive Schritte gesetzt, der von der AK entwickelte Chancenindex wird nun in einem Pilotprojekt umgesetzt. Was fehlt ist aber das Recht auf Weiterbildung und eine Reform der SchülerInnenbeihilfe.

7. LEISTBARES WOHNEN

Das Dach über dem Kopf wird für immer mehr Menschen zur Existenzfrage. Wohnen ist aber ein Grundrecht, es darf nicht zum Luxusgut für wenige werden.

AK-Forderung	Regierungsprogramm	Check
mehr geförderter Wohnbau	<p>Ansätze pro:</p> <p>Explizite verfassungsrechtliche Regelung der Vertragsraumordnung zur Erhöhung der Rechtssicherheit. Bewertung: Bietet mehr Chancen an günstige Grundstücke für den geförderten Wohnbau zu kommen, sollte aber noch verbessert werden! Es müsste vielmehr verfassungsrechtlich ganz klar geregelt werden, dass die Länder mehrere und verschiedene bodenpolitische Maßnahmen mit dem Ziel der Errichtung leistbaren Wohnraums ergreifen dürfen. Unternehmen, die mehrheitlich dem Bund gehören, wie ÖBB, BIG etc., werden angeleitet, bei Grundstücksverwertungen von Bauland geförderten Wohnbau besonders zu berücksichtigen. Bewertung: Würde viel bringen, die Vergangenheit lehrt uns das Gegenteil: die Anleitung dieser Unternehmen steht nämlich im Widerspruch zu ihren sonstigen Zielvorgaben. Es gab sogar Rechnungshofkritik, wenn Grundstücke zu billig (gegenüber dem Wert am freien Markt) zu Zwecken des sozialen Wohnbaus verkauft wurden. In der jüngeren Vergangenheit wurden trotz ähnlicher Regierungserklärungen Kasernen oder Grundstücke ohne Rücksicht auf geförderten Wohnbau an die Meistbietenden verkauft, die dann Luxuswohnungen errichteten.</p> <p>Ansätze contra:</p> <p>Mehr Mietkauf ist vorgesehen. Das vernichtet die Sozialbindung bei gefördert errichteten Wohnungen (ab 15 Jahre nach dem Verkauf); mittelfristig verlieren wir dadurch mehr günstigen Wohnraum.</p>	
Mietenbegrenzungen gegen Mietwucher	Nur ein eher vages Bekenntnis zu leistbarem Wohnen, wobei aber Wirtschaftlichkeit für die VermieterInnen betont wird.	
modernes Mietrecht: gerecht, verständlich, transparent	auf die lange Bank geschoben	
Wohnbonus	nicht vorgesehen	

AK-Forderung	Regierungsprogramm	Check
Aus für Befristungen	nicht vorgesehen	
Aus für Maklergebühren für MieterInnen und KäuferInnen	Es gibt eine (etwas missverständlich formulierte, weil nicht ausdrücklich auf Erstauftraggeber abstellend) Absichtserklärung, die sich nur auf MieterInnen bezieht und nicht auf den Wohnungskauf.	
effektive Maßnahmen gegen Grundstücksspekulationen	Kommen soll eine explizite verfassungsrechtliche Regelung der Vertragsraumordnung zur Erhöhung der Rechtssicherheit – das ist aber zu wenig! Die Bundesländer sollen im Rahmen der schon bestehenden Raumordnungskompetenzen mehr als nur die Klarstellung/Ermöglichung der Vertragsraumordnung bekommen; es müsste vielmehr verfassungsrechtlich ganz klar geregelt werden, dass die Länder mehrere und verschiedene bodenpolitische Maßnahmen mit dem Ziel der Errichtung leistbaren Wohnraums ergreifen dürfen.	

FAZIT WOHNEN

Allgemein trägt das aktuelle Regierungsprogramm im Bereich des Mietrechts nicht mehr so stark die Handschrift der Immobilienwirtschaft, der Bereich ist aber summa summarum sehr allgemein und schwammig formuliert.

Positiv hervorzuheben sind Maßnahmen zur Begrenzung der touristischen Vermietung von Wohnraum über Plattformen (zum Beispiel AirBnB) und das Bekenntnis zu Nachverdichtung vor Versiegelung neuer Flächen.

Dagegen findet sich im Regierungsprogramm nichts zu einer tauglichen Mietenbegrenzung und zu den befristeten Mietverhältnissen bei privaten Wohnungen.

8. KLIMASCHUTZ

Die Klimakrise ist Realität. Wenn wir das Ruder noch herumreißen wollen, wird es nicht mit ein paar Feigenblattaktionen getan sein. Wir brauchen ein ganzes Bündel an Maßnahmen, die sozial ausgewogen sind und langfristig wirken.

AK-Forderung	Regierungsprogramm	Check
keine Schuldenbremse in die Verfassung	vorsichtig positiv, da Ansätze einer Politik öffentlicher Investitionen sichtbar sind	
massiver Ausbau der Öffis	Bedeutung des Themas wird erkannt, Vorschläge sind gut, aber Frage der Finanzierung ungeklärt	
Energiewende 1: Ausbau erneuerbarer Energien	grundsätzlich positiv	
Energiewende 2: Förderungen für thermische Sanierungen, saubere Heiz-/Kühlsysteme	umfangreiche Maßnahmen, stark von Kooperation mit Ländern abhängig; Instrumente und Finanzierung unklar; gewisse Widersprüche zwischen den Kapiteln. Verteilungsfragen werden punktuell angesprochen.	
Energieeffizienzgesetz	wenig Neues; AK-Forderung nach Behördenstatus der Monitoringstelle nicht erfüllt; AK-Forderung, dass Energielieferanten Verpflichtete bleiben, ist erfüllt. Haushaltsquote fehlt. Kontrolle unklar.	
Hitzeschutz am Arbeitsplatz	nicht vorhanden	
Energiearmut bekämpfen	Eine wichtige AK-Forderung, die praktisch unerfüllt bleibt; soziale Dimension (faire Verteilung der Kosten) nicht angesprochen.	
sozial gerechtes und ökologisches Steuersystem	Schwierig zu bewerten, da kaum Details, Ausgestaltung in Arbeitsgruppe verschoben. Für AK sind Lenkungs- und Verteilungseffekte zentral; kleine und mittlere Einkommen dürfen nicht zusätzlich belastet werden, die Schieflage zwischen Haushalten und Industrie darf nicht verschärft werden. Positiv ist das Bekenntnis zur Schaffung von Wahlmöglichkeiten.	
Öko-Bonus für PendlerInnen	Thema wird angesprochen, aber viele Fragezeichen, z.B. Freibetrag oder Absetzbetrag, kilometerabhängig oder Staffel; budgetäre Implikation offen; keine Zielwerte bezüglich der Nutzung des öffentlichen Verkehrs.	

AK-Forderung	Regierungsprogramm	Check
Jobticket Neu	Maßnahmen nicht ausreichend zur Auslösung einer verstärkten Nutzung des öffentlichen Verkehrs.	
Förderung von E-Mobilität	Betonung des öffentlichen Verkehrs positiv; für eine E-Auto-Strategie fehlt aber ein Gesamt-Konzept sowie Ausbauziele.	
LKW-Maut auf allen Straßen	nicht vorhanden, positiv ist die Forderung nach Ökologisierung der Lkw-Maut.	
Verkehrsanschlussabgabe verpflichtend einheben	nicht vorhanden	
Steuervorteile für die Bahn (Energieabgabe auf Bahnstrom abschaffen)	Schritt in die richtige Richtung	
Umsatzsteuer auf Flugtickets	Steuerliche Gleichstellung fehlt weiterhin, Ticketabgabe im Vergleich zu Deutschland sehr niedrig, keine Lenkungseffekte zu erwarten.	
EU-weite Kerosinabgabe	positiv	

FAZIT KLIMASCHUTZ

Beim wichtigsten Zukunftsthema, dem Klimaschutz, gibt es sehr hohe Ambitionen: Vom Österreich-Ticket, das auch die AK gefordert hat, bis zum Vorhaben einer ökosozialen Steuerreform finden sich sehr vernünftige Maßnahmen. Zur konkreten Umsetzung inklusive Zeitplan gibt das Regierungsprogramm allerdings keine Informationen her.



arbeiterkammer.at